Gemeindeverwaltungsverband Oberes Zabergäu

Tagesordnungspunkt Nr.

Vorlage Nr. 14/2026

Sitzung der Verbandsversammlung

am 26. November 2026

-öffentlich-

Einführung eines Kommunalen Energiemanagements (KEM) im Rahmen des Förderprogramms „Klimaschutz-Plus für Kommunen - Teil 2 - Strategische Maßnahmen“

Beschlussantrag:

Die Verbandsversammlung beauftragt die Verwaltung des GVV bis zum 31. Dezember 2026 den Förderantrag zur Einführung des Kommunalen Energiemanagements über das Landesprogramm „Klimaschutz-Plus“ (Teil 2 – strategische Maßnahmen) zu stellen und in den Jahren 2027 und 2028 umzusetzen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS		
	Anzahl	
Ja-Stimmen		
Nein-Stimmen		
Enthaltungen		

Themeninhalt:

Im Sommer fanden in Pfaffenhofen und Güglingen kostenlose Energiebegehungen in zwei Kindergärten durch die Klimaschutzagentur make it des Landkreises Heilbronn statt. Die Auswertungen zeigten, dass bereits durch nicht- oder geringinvestive Maßnahmen rund 10 Prozent des Energieverbrauchs eingespart werden können. Dies führt zu einer unmittelbaren Entlastung des städtischen Haushalts und leistet einen Beitrag zum Klimaschutz. Um das aufgezeigte Potenzial flächendeckend und maximal

zu nutzen, beabsichtigt das Klimaschutzmanagements des GVV, ein kommunales Energiemanagement (KEM) für die kommunalen Liegenschaften einzuführen.

Ziel ist es, durch die kontinuierliche Erfassung und Optimierung der Energieverbräuche ungenutzte Einsparpotenziale systematisch aufzudecken und die Energieeffizienz der drei Verbandskommunen zu steigern. Die Umsetzung erfolgt in enger fachlicher Kooperation mit der Klimaschutzagentur „make it“. Zur Finanzierung des Projekts soll das Landesprogramm „Klimaschutz-Plus“ (Teil 2 – Strategische Maßnahmen) des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg in Anspruch genommen werden. Das Programm unterstützt den Aufbau solcher Klimaschutzinstrumente sowie die Einbindung externer Expertise (Max. 30 Tagessätze) mit einem Zuschuss von 75 Prozent. Das Projekt ist auf eine Laufzeit von zwei Jahren ausgelegt. Bei Einplanung der 75%-igen Landesförderung verbleibt für den GVV ein Gesamteigenanteil von 7.500 Euro, was somit einer jährlichen Haushaltsbelastung von 3.750 Euro entspricht. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Investition durch die resultierenden Energieeinsparungen zeitnah amortisiert.

Im Unterschied zu anderen Programmen, die es auch vom Bund schon gab, kann bei der Landesförderung auch ein Gemeindeverwaltungsverband Antragssteller sein. Zudem sind keine investiven Maßnahmen oder Personalstellen enthalten, was wir für den GVV als passendes Programm erachten, da ein Klimaschutzmanagement vorhanden ist, das die Umsetzung in den Kommunen durchführen kann.

24.11.2026 Hirschmann